



Liebe Leserinnen, liebe Leser

Es waren drei kurze, aber intensive Sessionstage in Bern. Den Anfang machte der Nachruf des Nationalratspräsidenten auf eine aussergewöhnliche Frau: Am Karfreitag war Alt-Bundesrätin Elisabeth Kopp im Alter von 86 Jahren verstorben.

Insbesondere auch als Präsidentin der FDP Frauen Schweiz schmerzte mich diese Nachricht sehr, denn Elisabeth Kopp war die erste Frau im Bundesrat und hat sich in ihrer politischen Karriere massgeblich für die Teilhabe und die Anliegen der Frauen in Politik und Gesellschaft eingesetzt. Die Schweiz verliert mit ihr eine engagierte und zielstrebige Politikerin, die sich stets mit viel Herzblut für liberale Anliegen eingesetzt hat.

Sodann reiste ich am 3. Mai als Teil der Bundeshausdelegation zur Trauerfeier für Elisabeth Kopp, welche in Zumikon stattfand, um ihr die letzte Ehre zu erweisen und ihren Hinterbliebenen im Namen der FDP Frauen Schweiz persönlich mein herzliches Beileid auszusprechen. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren und sie als Pionierin für die Gleichstellung sowie als Vorbild für alle Frauen in Erinnerung behalten.

Folgende Geschäfte wurden im Parlament beraten (Auswahl):

[Pa. Iv. 20.433](#) – UREK-N. Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken

Für diese wichtige Vorlage durfte ich als Sprecherin der FDP-Liberale Fraktion die Anliegen der FDP im Rat darlegen und vertreten. In den letzten Jahren wurden zu dieser Thematik bereits zahlreiche Vorstösse im Parlament eingereicht - Vorstösse und Initiativen in den Bereichen Abfallrecycling, Ressourcenschonung und auch Kreislaufwirtschaft. Die beratene parlamentarische Initiative «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» wurde von der FDP-Liberalen-Delegation der UREK-N initiiert, um die verschiedenen Vorstösse und Initiativen zusammenzufassen und damit den Grundsatz der Schonung von natürlichen Ressourcen im Umweltschutzgesetz zu verankern.

Die Vorlage will, dass mittels Plattformen, Pilotprojekten und Branchenvereinbarungen innovative Ansätze administrativ und finanziell unterstützt werden. So kann den Unternehmen eine Grundlage gegeben werden, zukunftsfähige Geschäftsfelder mit Wertschöpfungsmöglichkeiten in der Schweiz zu eröffnen. Wir denken da an Reparaturen, Leihmodelle, Wiederverwertung oder Recycling. Schliesslich - als Klammer über allem - tragen Massnahmen zur Schliessung des Stoffkreislaufs gleichzeitig zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs und zum Erreichen der Klimaziele der Schweiz bei.

[Pa. Iv. 16.504](#) – Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende

Die parlamentarische Initiative von Ulrich Giezendanner verlangt eine Anpassung des Heilmittelgesetzes, um eine hinreichende Versorgung der schweizerischen Bevölkerung mit Blut und labilen Blutprodukten sowie die Unentgeltlichkeit der Blutspende sicherzustellen. Damit soll verhindert werden, dass Menschen sich aus einer finanziellen Überlegung heraus zur Blutspende melden. Die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) ergänzte die Vorlage im Verlaufe ihrer Debatte um ein weiteres Element, nämlich das Diskriminierungsverbot für den Zugang zur Blutspende. Damit soll potenziellen Spenderinnen und Spendern in der Schweiz nicht mehr aufgrund ihrer sexuellen Orientierung der Zugang zur Blutspende verwehrt werden, sondern die Entscheidung über die Zulassung zur Blutspende soll einzig aufgrund medizinischer



Gründe gefällt werden. Das ist ein wichtiger und richtiger Schritt weg von einer veralteten und diskriminierenden Praktik. Der ergänzte Entwurf wurde einstimmig angenommen und wird nun an den Ständerat überwiesen.

GdBr. 22.074 – Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz. Verpflichtungskredit

Der Nationalrat hatte über einen Verpflichtungskredit zur Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz über 2,59 Milliarden Franken zu befinden. Nachdem es bereits 1947 zu einer Explosion von Teilen der eingelagerten Munition gekommen war, bei der 9 Menschen ums Leben kamen und grosse Teile des Dorfes Mitholz zerstört wurden, droht weiterhin Gefahr durch damals verschüttete Munition und ebenfalls im Munitionslager gelagerten Sprengstoff. Diese stellen eine Gefahr für Leib und Leben der Anwohnerinnen und Anwohner, sowie für den Verkehr und, aufgrund der Schadstoffbelastung, auch für den Boden und die Gewässer dar. Aus diesem Grund soll das Lager nun geräumt, und die Munitionsrückstände sollen beseitigt werden.

Für die FDP-Liberale Fraktion ist klar, dass die Risiken nur mit dieser vollständigen Räumung beseitigt werden können, was auch durch eine umfassende Abklärung der verschiedenen Handlungsspielräume bestätigt wurde. Es ist uns ein Anliegen, die Lösung dieses grossen Problems nicht den künftigen Generationen zu überlassen. Bestehende Unklarheiten, für welche die Fraktion eine Klärung das VBS verlangt hatte, konnten mit einem Zusatzbericht sowie Anhörungen ausgeräumt werden, weshalb sie den Rahmenkredit unterstützt.

Der Nationalrat stimmte dem Entwurf mit 180 zu 5 Stimmen bei 8 Enthaltungen zu und das Geschäft geht nun weiter an den Ständerat.

Post. 22.4565 – Was brauchen Opfer von sexualisierter Gewalt?

Der Nationalrat hat sich für das Postulat meiner Fraktionskollegin Patricia von Falkenstein ausgesprochen. Dieses fordert den Bundesrat dazu auf, abzuklären, welche Hürden Opfer von sexualisierter Gewalt in der Strafverfolgung erleben und was sie davon abhält, Anzeige zu erstatten. Damit sollen der Opferschutz sowie die Begleitung und Betreuung in der Strafverfolgung verbessert werden.

Mo. 21.3739 - FDP-Liberale Fraktion. Fortführung der Modernisierung der Post

Der Nationalrat hat sich für unsere Fraktionsmotion zur Modernisierung der Post ausgesprochen. In dieser fordert die FDP-Liberale Fraktion, dass der Bundesrat das Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit in der Strategie für die Jahre 2025-2028 verankert, so dass die Grundversorgung auch in Zukunft aus eigener Kraft finanziert werden kann. Hinzu kommt eine Modernisierung des Grundversorgungsauftrages, welche sich an den wechselnden Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden orientiert.

Neben den behandelten Geschäften hat die FDP-Liberale Fraktion zudem die [Fraktionsmotion «Irreguläre Sekundärmigration stoppen und Ursachen bekämpfen»](#) eingereicht. In dieser fordern wir, dass der Bundesrat Massnahmen trifft, um die Sekundärmigration (Einwanderung aus sicheren Drittstaaten) einzudämmen. Dies soll unter anderem durch eine Anpassung der Liste von sicheren Drittstaaten, durch den Abschluss von bilateralen Abkommen mit betroffenen Drittstaaten sowie durch eine konsequentere Bekämpfung von Schlepperkriminalität und Menschenhandel geschehen.



Persönlich habe ich am 4. Mai eine [Motion](#) eingereicht, welche vom Bundesrat fordert, die Ausschreibung von fossil betriebenen Reservekraftwerken neu zu evaluieren. Dies ist nötig, weil die Studien der Elcom, auf denen die Ausschreibung des Bundesrats basieren, mittlerweile überholt sind. Auch sonst hat sich die Ausgangslage klar verändert: Das Parlament hat im Mantelerlass verbindliche Ziele und Massnahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien verankert, deren Produktion das Stromproblem im Winter entschärfen. Zudem ist mittlerweile die Regelungen für die Wasserkraftreserve in Kraft und der Bund kann auf die vorhandenen Notstromaggregate, wie das bereits erstellte Kraftwerk in Birr, zurückgreifen. Ob es unter diesen Voraussetzungen notwendig ist, neue, fossil betriebene Reservekraftwerke in Betracht zu ziehen, muss deshalb meiner Meinung nach hinterfragt werden.

Besten Dank für Ihr Interesse. Ich freue mich, Ihnen im Juni aus der Sommersession zu berichten.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'S. Vincenz'.

Herzliche Grüsse,
Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin FDP/SG